

1476
 21. Aug. 1991

Bern, den 9. August 1991

An den Bundesrat

Zahlungsbilanzhilfe an die Tschechoslowakei und an Ungarn

Zahlungsbilanzhilfe an die Tschechoslowakei und an Ungarn

Aufgrund des Antrags des EFD vom 9. August 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das EFD wird ermächtigt, die bilateralen Abkommen mit der Tschechoslowakei und Ungarn für Zahlungsbilanzhilfen in der Höhe von 40 Mio. US-\$ beziehungsweise 30 Mio. US-\$ zu unterzeichnen.
2. Die Schweizerische Nationalbank wird aufgrund von Art. 4 des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen beauftragt, die beiden Zahlungsbilanzkredite zu finanzieren. Die Eidgenossenschaft garantiert der Nationalbank die fristgerechte Rückzahlung der Kredite zuzüglich Zinsen.
3. Die Eidg. Finanzverwaltung wird beauftragt, der Nationalbank die Garantieübernahme des Bundes schriftlich mitzuteilen.

Für getreuen Auszug,
 Der Protokollführer:

Hanno Kussalt

Protokollauszug an:			
z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X	EDA	10	-
	EDI		
X	EJPD	5	-
	EMD		
	EFD	13	-
X	EVD	5	-
	EVED		
	BK		
X	EFK	2	-
X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Bern, den 9. August 1991

An den Bundesrat

Zahlungsbilanzhilfe an die Tschechoslowakei und an Ungarn

980.80/980.81

Der Fortschritt des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses in der Tschechoslowakei und in Ungarn ist durch die ungünstigen externen Bedingungen gefährdet, u.a. infolge der Golfkrise und des Zusammenbruchs des Comecon. Beide Länder sind mit ernsthaften Zahlungsbilanzschwierigkeiten konfrontiert. Da der Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und andere multilaterale Finanzierungsorganisationen nicht in der Lage sind, die geschätzten finanziellen Bedürfnisse vollständig abzudecken, wurde innerhalb der Gruppe der 24 (G-24) entschieden, die fehlenden Mittel bereitzustellen. Mit dieser koordinierten Zahlungsbilanzhilfe soll eine tragbare Finanzierungssituation geschaffen werden, um die Fortsetzung des Reformprozesses zu ermöglichen.

Die Schweiz beabsichtigt im Fall der **Tschechoslowakei** eine Zahlungsbilanzhilfe von **40 Mio. US-\$** zu gewähren. Für **Ungarn** ist eine Summe von **30 Mio. US-\$** vorgesehen. Die Beteiligung der Schweiz an dieser internationalen Aktion stützt sich auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen (SR 941.13). Aufgrund von Art. 4 des genannten Bundesbeschlusses wird die Schweizerische Nationalbank mit der Finanzierung der beiden Zahlungsbilanzkredite beauftragt, wobei die Eidgenossenschaft die fristgerechte Erfüllung der Vereinbarung garantiert.

Mit dem vorliegenden Antrag soll das EFD ermächtigt werden, die bilateralen Abkommen mit der Tschechoslowakei und Ungarn zu unterzeichnen. Zudem soll die Gewährleistung einer Bundesgarantie gegenüber der Schweizerischen Nationalbank gutgeheissen werden.

1. Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei und in Ungarn

Im Rahmen eines IMF-Abkommens setzt die **Tschechoslowakei** seit Beginn dieses Jahres ihr 1990 begonnenes Reformprogramm mit erhöhtem Tempo fort. Die Hauptelemente des Programms umfassen eine restriktive Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik sowie die weitgehende Liberalisierung der Preise und des Aussenhandels. Diese Massnahmen bewirkten vorerst starke Preiserhöhungen und einen gleichzeiti-

gen Rückgang des realen Bruttoinlandprodukts. Für 1990 wird ein reales Wachstum von minus 3.5% und eine Inflationsrate von 7.0% ausgewiesen. Die Prognosen für 1991 sehen einen verstärkten Rückgang des Bruttosozialprodukts (-10%) und ein dramatischer Anstieg des Preisniveaus von 30% vor.

Die Ertragsbilanzposition der Tschechoslowakei hat sich vor allem durch den Ausfall der billigen Öllieferungen durch die UdSSR und den Zusammenbruch des Handels mit den Comecon-Staaten deutlich verschlechtert. Die für den Wiederaufbau des Produktionsapparats notwendigen Güter haben die Importe aus westlichen Industrieländern stark anwachsen lassen, was eine zusätzliche Belastung bedeutet. Das 1990 auf 500 Mio. US-\$ bezifferte Ertragsbilanzdefizit soll gemäss Schätzungen im Jahr 1991 auf 2 bis 2.5 Mia US-\$ ansteigen.

In Ungarn präsentiert sich ein mit der Tschechoslowakei vergleichbares Bild. Das im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit dem IMF begonnene Anpassungsprogramm, mit dem Hauptziel, den Übergang zu einer marktorientierten Wirtschaft herbeizuführen, hatte erwartungsgemäss negative Folgen für das Wirtschaftswachstum und die Preisentwicklung. Die Auflösung ineffizienter Staatsbetriebe und die Liberalisierung der Preise und des Aussenhandels führten 1990 zu einem Rückgang des realen Bruttoinlandprodukts von 3.3% und zu einer Inflationsrate von 28%. Die Folgen des Comecon-Zusammenbruchs und der Golfkrise haben diese Situation noch verschärft, wobei die schon fortgeschrittene Privatisierung einen noch stärkeren Wachstumseinbruch vermeiden half. Für dieses Jahr wird ein Negativwachstum in der Grössenordnung von 4% und eine Preissteigerung von 32% prognostiziert.

Wie im Fall der Tschechoslowakei, haben die externen Schocks auch die Ertragsbilanzposition Ungarns verschlechtert. Die ausgeglichene Bilanz des letzten Jahres wird voraussichtlich in ein Defizit von 0.5 bis 1.2 Mia US-\$ verwandelt. Eine starke Belastung stellt die hohe Auslandschuld dar. Mit 21 Mia. US-\$ müssen 1991 schätzungsweise 36% der Einnahmen aus den Güter- und Dienstleistungsexporten für den Schuldendienst aufgewendet werden.

2. Koordinierte Zahlungsbilanzhilfe im Rahmen der G-24

Seit dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch in Mittel- und Osteuropa koordinieren die OECD-Länder ihre Anstrengungen zugunsten dieser Staaten innerhalb der G-24. Ende 1990 wurde im Rahmen dieser Gruppe entschieden, eine ausserordentliche Zahlungsbilanzhilfe für die sechs mittel- und osteuropäischen Länder (Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn) zu lancieren. Das Ziel der internationalen Aktion ist es, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten dieser Staaten zu vermindern, um eine tragbare Finanzsituation zu schaffen, die eine Fortsetzung der politischen und wirtschaftlichen Reformprozesse ermöglicht.

Die Mittel der G-24 sollen die Ressourcen ergänzen, die vom Internationalen Währungsfonds (IMF), von der Weltbank und von anderen internationalen Finanzie-

rungsorganisationen zur Verfügung gestellt werden. Als Bedingung für eine allfällige G-24-Hilfe wird denn auch ein vom IMF akzeptiertes und unterstütztes Stabilisierungsprogramm vorausgesetzt. Gemäss den Berechnungen des IMF beträgt die Finanzierungslücke für das Jahr 1991 im Fall der Tschechoslowakei 1'000 Mio. US-\$. Im Fall Ungarns wurde die Lücke zu Beginn der Verhandlungen auf 700 Mio. US-\$ beziffert. Der IMF hat diesen Betrag später auf 500 Mio. US-\$ herunter korrigiert.

Was die Lastenverteilung anbelangt, hat sich die EG bereit erklärt, die Hälfte der Finanzierungslücke zu decken. Die Aufteilung des Restbetrags unter den anderen G-24-Staaten und weiteren Geldgebern (beispielsweise einkommensstarke Golfstaaten) ist aus Beilage 1 ersichtlich. Mit ihrem Angebot von 40 Mio. US-\$ für die Tschechoslowakei und 30 Mio. US-\$ für Ungarn zeigte die Schweiz in den Verhandlungen die Bereitschaft, einen Anteil von 4% zu übernehmen. Im Fall von Ungarn wurde dieses Angebot trotz der Korrektur der Finanzierungslücke aufrecht erhalten, was eine Erhöhung des Anteils auf 5.8% bedeutet.

Zu den Modalitäten der Unterstützung hat die G-24 festgehalten, dass die Geberländer ihre Beiträge entweder in Form von nichtrückzahlbaren Beiträgen oder in Form von ungebundenen Darlehen gewähren können. Die Darlehen sollten eine Laufzeit von mindestens 5 Jahren aufweisen und zu einem Marktsatz verzinst werden. Von den Empfängerländer wird erwartet, dass sie bei der Bedienung der Schulden sämtliche Teilnehmer an der G-24-Aktion gleich behandeln.

3. Rechtsgrundlage und Modalitäten der schweizerischen Zahlungsbilanzhilfe

Als Rechtsgrundlage für die Durchführung der beiden Zahlungsbilanzhilfen dient der Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen (SR 941.13). Die Kredite bezwecken die Stärkung der Währungsreserven der Tschechoslowakei und Ungarns, und sie werden im Rahmen einer multilateralen Aktion gewährt, an der die überwiegende Mehrheit der OECD-Länder teilnimmt. Es handelt sich somit um internationale Währungsmassnahmen im Sinne des erwähnten Bundesbeschlusses. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass der im Beschluss festgehaltene Anwendungsbereich, namentlich die Behebung und Verhütung ernsthafter Störungen der internationalen Währungsbeziehungen, extensiv interpretiert wird. Diese extensive Interpretation hat sich in der Vergangenheit bewährt und wurde von den eidg. Räten bei den Verlängerungen des Bundesbeschlusses und bei der Behandlung der jährlichen Geschäftsberichte des Bundesrats gutgeheissen.

Die Modalitäten der beiden Zahlungsbilanzhilfen sind mit Ausnahme des Verpflichtungsbetrags identisch und entsprechen den im Bundesbeschluss festgesetzten Bedingungen. Es handelt sich um Darlehen mit einer Laufzeit von maximal 7 Jahren, die nicht an den Bezug schweizerischer Güter und Dienstleistungen gebunden sind. Die Verzinsung der Darlehen erfolgt zu Marktbedingungen (Rendite von sechsmonatigen US-Treasury Bills plus 1/2%). Die weiteren operationellen Details können den bilateralen Abkommen entnommen werden (vgl. Beilage 2 und 3), die mit den

betreffenden Behörden paraphiert wurden.

Die in Art. 2 des Bundesbeschlusses festgesetzte Maximalhöhe der Kredit- und Garantieverpflichtungen der Schweiz von 1'000 Mio. Franken wird mit diesen Krediten nicht überschritten. Zurzeit besteht einzig gegenüber Polen ein Guthaben in der Höhe 30 Mio. US-\$ (ca. 45 Mio Franken).

Für die Finanzierung der beiden Zahlungsbilanzkredite soll von der in Art. 4 des Bundesbeschlusses erwähnten Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die Schweizerische Nationalbank mit der Kredit- oder Garantiegewährung zu beauftragen, wobei der Bund der Nationalbank die fristgerechte Erfüllung der Vereinbarung garantiert.

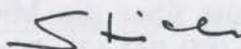
4. Konsultationen

Die im Vorverfahren konsultierten Bundesstellen (Finanz- und Wirtschaftsdienst EDA, BAWI) und die Schweizerische Nationalbank sind mit dem vorliegenden Antrag einverstanden.

5. Antrag

Wir beantragen Ihnen, aufgrund der vorangehenden Ausführungen, dem beiliegenden Beschlussdispositiv zuzustimmen.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT



Stich

Beilagen:

- G-24-Aktion zugunsten der Tschechoslowakei und Ungarn/Verteilschlüssel
- Zahlungsbilanzhilfeabkommen mit der Tschechoslowakei
- Zahlungsbilanzhilfeabkommen mit Ungarn
- Entwurf des Beschlussdispositivs

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EVD

Protokollauszug:

- EFD 13 (GS 7, WWT 3, SNB-ZH 2, SNB-BE 1)
- EDA
- EJPD
- EVD

Beilage 1**G-24-Aktion zugunsten der Tschechoslowakei und Ungarn
Verteilschlüssel (Stand 3.7.91)**

Land	Beitrag in Mio US-\$ Tschechoslowakei	Ungarn
EG	500	250
Japan	200	150
Österreich	50	20
Finnland	15	10
Norwegen	16	15
Schweden	25	20
Türkei *	1	1
Kanada	25	12,5
Vereinigte Staaten *	15	10
Saudi Arabien	60	-
Kuwait	50	-
Schweiz	40	30
Total	997	518,5

* Nichtrückzahlbare Beiträge

Beilage 2**AGREEMENT**

between the Swiss Federal Council

and the

Government of the Czech and Slovak Federal Republic

on a medium-term loan in the amount of USD 40.000.000

The Swiss Federal Council hereinafter referred to as Lender

and

the Government of the Czech and Slovak Federal Republic referred to as Borrower,

whereas the peoples of the Lender and of the Borrower have close historic, economic and cultural relationships;

whereas the Borrower is undertaking fundamental political and economic reforms and has decided to adopt a market economy model;

whereas the Borrower has entered into an agreement with the International Monetary Fund on the program undertaken by the Borrower to stabilize and modernize its economy and to make its currency convertible;

whereas the Group of 24 industrial countries under the chairmanship of the Commission of the European Communities has pledged to support the aforesaid program, which has to be implemented in a difficult external environment;

whereas the granting by the Lender of a medium-term loan to the Borrower is deemed to be an appropriate measure to support the balance of payments of the Borrower, to strengthen its reserves and facilitate convertibility of its currency, have agreed as follows:

Article 1.

The Lender grants to the Borrower a medium-term loan of an amount of US-dollars 40.000.000.-- (forty million United States dollars) in principal, with a duration of seven years (hereinafter: the Loan).

- 2 -

Article 2.

The Loan shall be made available to the Borrower in one instalment 5 (five) working days upon signature of the present Agreement.

Article 3.

The interest rate to be paid on the loan by the Borrower to the Lender shall be determined by the Swiss National Bank on the basis of the yield on six-month US-Treasury Bills, increased by ½ per cent, on the date of signature of the present Agreement, and shall be reset every six months thereafter on the same basis. Interest payments shall ensue every six months.

Article 4.

The Loan shall be repaid to the Lender in one instalment seven years after its disbursement to the Borrower. Notwithstanding the foregoing the Borrower shall have the right, at any time, on giving one month's notice, to prepay the Loan (or any part thereof).

Article 5.

It is agreed by the Parties hereto that for the implementation of the transaction each of the Parties shall appoint an agent (hereinafter: the Agent) and such Agent shall act on behalf of the respective Party hereto in all matters foreseen by this Agreement.

It is duly noted by the Parties hereto that pursuant to the foregoing provision of this Article the Lender shall appoint the Swiss National Bank as its Agent and the Borrower shall appoint the Statni Banka Ceskoslovenska as its Agent, respectively.

Article 6.

The Swiss National Bank and the Statni Banka Ceskoslovenska shall enter into an implementing agreement to settle the details of the Loan.

Article 7.

The Borrower undertakes to extend automatically to the Lender any securities or guarantees given to any participant in the G-24 medium-term financing assistance to Czechoslovakia. The Borrower shall inform the Lender of any such securities or guarantees.

- 3 -

Article 8.

1. Any dispute between the Borrower and the Lender shall be settled by arbitration. In such a case the regulations of Section 10.04 of the General Conditions applicable to Loan and Guarantee Agreements, dated January 1, 1985 of the International Bank for Reconstruction and Development shall be applied accordingly.
2. Subject to the General Conditions mentioned in the foregoing paragraph, the present Agreement and the interpretation of any article thereof, shall be governed by the law of the Swiss Confederation.

Article 9.

1. The present Agreement shall become effective on the date of its signature by the Parties hereto.
2. The present Agreement expires with the repayment of the Loan and the payment in full of interest accrued thereon pursuant to the provisions contained herein.

For and on behalf of the

SWISS FEDERAL COUNCIL

Otto Stich
Minister of Finance

For and on behalf of the

GOVERNMENT OF THE
CZECH AND SLOVAK
REPUBLIC

Vaclav Klaus
Minister of Finance

Prag, , 1991

Article 1.

The Lender grants to the Borrower a medium-term loan of an amount of US-dollars 30,000,000- (thirty million United States dollars) in principal, with a duration of seven years (hereinafter: the Loan).

Beilage 3**A G R E E M E N T**

between the Swiss Federal Council

and the Government of the Republic of Hungary

on a medium-term loan in the amount of USD 30.000.000

The Swiss Federal Council hereinafter referred to as Lender

and

the Government of the Republic of Hungary hereinafter referred to as Borrower,

whereas the peoples of the Lender and of the Borrower have close historic, economic and cultural relations;

whereas the Borrower is undertaking fundamental political and economic reforms and has decided to adopt a market economy model;

whereas the Borrower has entered into an agreement with the International Monetary Fund on the programme undertaken by the Borrower to stabilize and modernize its economy and to make its currency convertible;

whereas the Group of 24 industrial countries under the chairmanship of the Commission of the European Community has pledged to support the aforesaid programme, which has to be implemented in a difficult external environment;

whereas the granting by the Lender of a medium-term loan to the Borrower is deemed to be an appropriate measure to support the balance of payments of the Borrower, to strengthen its reserves and facilitate convertibility of its currency, have agreed as follows:

Article 1.

The Lender grants to the Borrower a medium-term loan of an amount of US-dollars 30.000.000.-- (thirty million United States dollars) in principal, with a duration of seven years (hereinafter: the Loan).

- 2 -

Article 2.

The Loan shall be made available to the Borrower in one instalment 5 (five) working days upon signature of the present Agreement.

Article 3.

The interest rate to be paid on the loan by the Borrower to the Lender shall be determined by the Swiss National Bank on the basis of the yield on six-month US-Treasury Bills, increased by $\frac{1}{2}$ per cent, on the date of signature of the present Agreement, and shall be reset every six months thereafter on the same basis. Interest payments shall ensue every six months.

Article 4.

The Loan shall be repaid to the Lender in one instalment seven years after its disbursement to the Borrower. Notwithstanding the foregoing the Borrower shall have the right, at any time, on giving one month's notice, to prepay the Loan (or any part thereof).

Article 5.

It is agreed by the Parties hereto that for the implementation of the transaction each of the Parties shall appoint an agent (hereinafter: the Agent) and such Agent shall act on behalf of the respective Party hereto in all matters foreseen by this Agreement.

It is duly noted by the Parties hereto that pursuant to the foregoing provision of this Article the Lender shall appoint the Swiss National Bank as its Agent and the Borrower shall appoint the National Bank of Hungary as its Agent, respectively.

Article 6.

The Swiss National Bank and the National Bank of Hungary shall enter into an implementing agreement to settle the details of the Loan.

Article 7.

The Government of Hungary undertakes to extend automatically to the Lender any securities or guarantees which eventually may be given to any participant in the Group of 24 medium-term financing assistance to the Republic of Hungary. The Borrower shall inform the Lender of any such securities or guarantees.

Article 8.

1. Any dispute between the Borrower and the Lender shall be settled by arbitration. In such a case the regulations of Section 10.04 of the General Conditions applicable to Loan and Guarantee Agreements, dated January 1, 1985 of the International Bank for Reconstruction and Development shall be applied accordingly.
2. Subject to the General Conditions mentioned in the foregoing paragraph, the present Agreement and the interpretation of any article thereof, shall be governed by the law of the Swiss Confederation.

Article 9.

1. The present Agreement shall become effective on the date of its signature by the Parties hereto.
2. The present Agreement expires with the repayment of the Loan and the payment in full of interest accrued thereon pursuant to the provisions contained herein.

For and on behalf of the
SWISS FEDERAL COUNCIL

Otto Stich
Minister of Finance

For and on behalf of the
GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF HUNGARY

Mihaly Kupa
Minister of Finance

Budapest,

, 1991

